

Az.: 67/3-566.0007/22/1.6.2
0017658

Immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsbescheid

gemäß § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)
vom **29.03.2023**

für die die Firma

Bürgerwind Laer GmbH & Co. KG
Hahnenkamp 13a
48727 Billerbeck

zur

Errichtung und zum Betrieb von fünf Windenergieanlagen in 48366 Laer

Gliederung

	Seite
I Tenor	2
II Antragsunterlagen.....	2
III Anlagedaten.....	5
IV Nebenbestimmungen	5
1 Allgemeines.....	5
2 Baurecht.....	7
3 Immissionsschutzrecht.....	9
4 Naturschutzrecht.....	17
5 Abfallwirtschafts- und Bodenschutzrecht.....	26
6 Wasserrecht.....	26
7 Ziviles und militärisches Luftfahrtrecht	27
8 Arbeitsschutzrecht.....	31
9 Bodendenkmalschutzrecht.....	31
V Hinweise	32
1 Baurecht.....	32
2 Immissionsschutzrecht.....	33
3 Naturschutzrecht	34
4 Abfallwirtschafts- und Bodenschutzrecht.....	35
5 Wasserrecht.....	35
6 Forstrecht.....	37
VI Begründung	38
VII Kostenentscheidung	41
VIII Rechtmittelbelehrung	41

I**Tenor**

Hiermit wird der Firma Bürgerwind Laer GmbH & Co. KG, Hahnenkamp 13a, 48727 Billerbeck gemäß §§ 4 und 6 i.V.m. § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) sowie i.V.m. § 1 und der Nr. 1.6.2 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von drei Windenergieanlagen (WEA) des Typs Nordex N 163/6.8 und zwei Windenergieanlagen (WEA) des Typs Nordex N 149/5.7 in 48366 Laer erteilt.

Die Windenergieanlagen dürfen auf den Grundstücken in 48366 Laer, Gemarkung Laer, Flur 25, Flurstück 71 (WEA 1 und WEA 2), Flur 34, Flurstück 431 (WEA 3), Flur 34, Flurstück 436 (WEA 4) und Flur 34, Flurstück 121 (WEA 5) errichtet und betrieben werden.

Die gemäß § 14 Abs. 1 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) erforderliche Zustimmung der Bezirksregierung Münster wurde mit Schreiben vom 29.09.2022; Az.: 26.01.01.07 Nr. 109-22 erteilt.

Die WEA sind entsprechend den geprüften, mit Anlagestempel gekennzeichneten Antragsunterlagen zu errichten und zu betreiben, soweit in den nachfolgenden Nebenbestimmungen nichts anderes bestimmt ist.

Die Antragsunterlagen sind Bestandteil dieser Genehmigung.

II**Antragsunterlagen**

1. Inhaltsverzeichnis	3 Blatt
2. Mitteilung zum Antragstellerwechsel vom 01.08.2022	1 Blatt
3. Anschreiben vom 14.03.2022	3 Blatt
4. Formulare 1, 2 und 7	4 Blatt
5. Antrag gemäß § 7 Abs. 3 UVPG	1 Blatt
6. Angaben bzgl. Urheberrechte Dritter	1 Blatt
7. Bauantragsformular	2 Blatt

8. Baubeschreibung	2 Blatt
9. Betriebsbeschreibung für gewerbliche Anlagen	2 Blatt
10. Mitgliedsurkunde der Architektenkammer NRW	1 Blatt
11. Technische Beschreibung der Anlage N 149/5.X	10 Blatt
12. Bauzeichnungen der Anlage N 149/5.X (WEA 2 und 3)	4 Blatt
13. Allgemeine Angaben zu den Fundamenten der N 149/5.X	4Blatt
14. Datenblätter zu Schallemissionen, Leistungskurven und Schubbeiwerten der Anlage N 149/5.X	33 Blatt
15. Angaben zu den Oktavschalldleistungspegeln der Anlage N 149/5.X	2 Blatt
16. Angaben zum Referenzenergieertrag der Anlage N 149/5.X	1 Blatt
17. Technische Beschreibung der Anlage N 163/6.X	10 Blatt
18. Bauzeichnungen der Anlage N 163/6.X (WEA 1, 4 und 5)	5 Blatt
19. Allgemeine Angaben zu den Fundamenten der Anlage N 163/6.X	3 Blatt
20. Datenblätter zu Schallemissionen, Leistungskurven und Schubbeiwerten der Anlage N 163/6.X	28 Blatt
21. Angaben zu den Oktavschalldleistungspegeln der Anlage N 163/6.X	2 Blatt
22. Angaben zum Referenzenergieertrag der Anlage N 163/6.X	1 Blatt
23. Allgemeine Angaben zum Maschinenhaus und zu den Rotorblättern	3 Blatt
24. Allgemeine Angaben zu Serrations an Nordex-Rotorblättern	4 Blatt
25. Allgemeine Angaben zu Umwelteinwirkungen der WEA	5 Blatt
26. Allgemeine Angaben zur Eiserkennung	4 Blatt
27. Angaben zum Schattenwurfmodul	4 Blatt
28. Angaben zum Fledermausmodul	5 Blatt
29. Angaben zu Typenprüfungen	5 Blatt
30. Kostenangaben	4 Blatt
31. Lagepläne der WEA 1 bis 5	5 Blatt
32. Topographische Karten	2 Blatt
33. Angaben zum Transport, zu den Zuwegungen und zu den Krananforderungen	39 Blatt
34. Abstandsflächenberechnung	1 Blatt
35. Angaben zum Einsatz flüssiger Betriebsstoffe und Sicherheitsdatenblätter	144 Blatt
36. Angaben zum Abwasseranfall	1 Blatt
37. Angaben zum Abfallanfall und zur Abfallentsorgung	7 Blatt

38. Angaben zum Blitzschutz und zur elektromagnetischen Verträglichkeit	5 Blatt
39. Angaben zur Erdungsanlage	5 Blatt
40. Angaben zur Kennzeichnung der Anlagen	12 Blatt
41. Angaben zur Sichtweitenmessung	4 Blatt
42. Mitteilung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung	1 Blatt
43. Angaben zum Arbeitsschutz, zur Sicherheit in den Anlagen und zu Flucht- und Rettungswegen	54 Blatt
44. Angaben zum Brandschutz und Brandschutzkonzept	15 Blatt
45. Maßnahmen bei der Betriebseinstellung und Rückbauaufwand	23 Blatt
46. Rückbauverpflichtung	1 Blatt
47. Verpflichtungserklärung zum Schattenwurf gegen Null	1 Blatt
48. Schattenwurfprognose	180 Blatt
49. Schalltechnischer Bericht mit Anlagen	165 Blatt
50. Ergänzende Unterlagen zu den Themen Lärm und Schattenwurf vom 30.06.2022	123 Blatt
51. Untersuchung zu möglichen optisch bedrängenden Wirkungen der WEA	24 Blatt
52. Baugrundgutachten	36 Blatt
53. Gutachten zur Standorteignung	22 Blatt
54. Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)	36 Blatt
55. Nachtrag 1 zum LBP vom 15.03.2023	30 Blatt
56. Ersatzgeldermittlung	6 Blatt
57. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (Stand: 16.03.2023)	71 Blatt
58. UVP-Bericht	23 Blatt
59. Studie und Darlegungen im Rahmen der FFH-Vorprüfung	38 Blatt
60. Nichttechnische Zusammenfassung	3 Blatt
61. Naturschutzfachliche Maßnahmenblätter (Stand: 09. bzw. 16.03.2023)	21 Blatt
62. Unterlagen zu den Standorten in einem Überschwemmungsgebiet	7 Blatt
63. Eiswaufgutachten	19 Blatt
64. Datenblätter Rotorenendrehzahlen	4 Blatt
65. Ergänzende Stellungnahme zum Schallgutachten vom 21.11.2022	4 Blatt
66. Ergänzende Angaben zum Eiswurf	3 Blatt

III**Anlagedaten**

Drei Windenergieanlagen (WEA) des Typs Nordex N 163/6.8 mit nachfolgenden Anlage- und Standortdaten (Koordinatenbezugssystem UTM/ETRS 89 – Zone 32U):

WEA Nr.	Nennleistung	Nabenhöhe	Rotordurchmesser	Rechtswert	Hochwert
WEA 1	6.800 kW	164,0 m	163,0 m	389915,63	5767657,74
WEA 4	6.800 kW	164,0 m	163,0 m	390130,40	5766693,30
WEA 5	6.800 kW	164,0 m	163,0 m	390472,07	5766512,94

Zwei Windenergieanlagen (WEA) des Typs Nordex N 149/5.7 mit nachfolgenden Anlage- und Standortdaten (Koordinatenbezugssystem UTM/ETRS 89 – Zone 32U):

WEA Nr.	Nennleistung	Nabenhöhe	Rotordurchmesser	Rechtswert	Hochwert
WEA 2	5.700 kW	125,4 m	149,0 m	390147,6	5767417,3
WEA 3	5.700 kW	125,4 m	149,0 m	390329,7	5767033,1

IV**Nebenbestimmungen****1 Allgemeines**

- 1.1 Diese Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Bestandskraft der Genehmigung mit dem Betrieb der mit diesem Bescheid genehmigten Anlage begonnen worden ist.
- 1.2 Die Inbetriebnahme der Anlage ist spätestens zwei Wochen vorher dem Umweltamt des Kreises Steinfurt - Untere Immissionsschutzbehörde - unter Verwendung des als Anlage beigefügten Formulars schriftlich mitzuteilen. Das Formular ist auch auf der Homepage des Kreises Steinfurt unter / Kreisverwaltung / Ämter / Umweltamt/Luft, Lärm und Immissionen / Formulare - Vordrucke - Merkblätter aufrufbar.

1.3 Ein Wechsel des Anlagenbetreibers ist dem Umweltamt des Kreises Steinfurt unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

1.4 Der Beginn der Arbeiten ist der Kreispolizeibehörde Steinfurt, Direktion Verkehr über das Funktionspostfach DirektionV.Steinfurt@polizei.nrw.de mindestens zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.

Ferner ist der Kreispolizeibehörde Steinfurt, Direktion Verkehr mindestens zwei Wochen vor Beginn der Arbeiten der Projektleiter des Anlagenherstellers nebst Erreichbarkeiten als Ansprechpartner schriftlich zu benennen, sodass die Durchführung der Schwerlasttransporte koordiniert werden kann.

1.5 Spätestens vier Wochen nach Inbetriebnahme der WEA sind der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt folgende Unterlagen vorzulegen:

- Herstellerbescheinigungen über die technischen Daten der WEA, in denen bestätigt wird, dass die errichteten WEA mit der den Antragsunterlagen zu Grunde liegenden Anlagenspezifikationen übereinstimmen,
- Herstellerbescheinigungen über die schalltechnisch relevanten Daten der WEA entsprechend den Vorgaben des Anhangs der FGW-Richtlinie,
- Herstellerbescheinigungen über die Nachtabstimmung entsprechend der Nebenbestimmung IV 3.1,
- Herstellerbescheinigungen über die Einstellungen der Betriebsmodi entsprechend der Nebenbestimmung IV 3.1,
- Mitteilung über die Betriebsorganisation gemäß § 52b BImSchG (Formular siehe Anlage Nr.2 – Auch dies Formular ist auf der Homepage des Kreises Steinfurt aufrufbar.)

1.6 Ist bei der Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnlich verfahren oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtlichen Ordnungsbehörden oder die Polizei zu verständigen.

2 Baurecht

- 2.1 Mit der Errichtung der Windenergieanlagen darf nur begonnen werden, wenn dem Umweltamt des Kreises Steinfurt für die Sicherung des Rückbaus der kompletten Fundamente und der Gesamtanlagen nach § 35 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) Sicherheitsleistungen in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft einer deutschen Großbank oder öffentlichen Sparkasse oder einem vergleichbaren Institut vorgelegt werden. In den Bürgschaften ist sicherzustellen, dass die bürgende Bank den Bürgschaftsbetrag auf erstes Anfordern an den Kreis Steinfurt zahlt und auf die Einreden der Anrechnung, der Aufrechnung und der Vorklage verzichtet (§§ 770, 771 Bürgerliches Gesetzbuch - BGB -).

Die Höhe der Sicherheitsleistung beträgt für die WEA 1, 4 und 5 jeweils 243.150,00 Euro und für die WEA 2 und 3 jeweils 209.390,00 Euro; insgesamt also 1.148.230,00 Euro.

- 2.2 Mit den Bauarbeiten darf erst dann begonnen werden, wenn die Grundrissfläche und Höhenlage des Bauvorhabens von einem öffentlich bestellten Vermessungsingenieur oder dem Vermessungs- und Katasteramt abgesteckt sind (§ 74 Abs. 8 BauO NRW). Der Nachweis über die Einhaltung der genehmigten Grundrissfläche und Höhenlage (§ 83 Abs. 3 BauO NRW) ist durch Vorlage einer schriftlichen Erklärung des Bauleiters vor Baubeginn zu führen und der Baubeginnanzeige beizufügen.
- 2.3 Die Nachweise über die Standsicherheit einschließlich des statisch-konstruktiven Brandschutzes sind spätestens bei Baubeginn bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde des Kreises Steinfurt einzureichen. Diese Nachweise müssen von einem staatlich anerkannten Sachverständigen für die Prüfung der Standsicherheit geprüft sein (§ 68 Abs. 1 Nr. 2 BauO NRW). Die zugehörige Prüfbescheinigung (§ 72 Abs. 6 BauO NRW) ist beizufügen.

Mit der Durchführung von stichprobenhaften Kontrollen bei der Bauausführung sind staatlich anerkannte Sachverständige gemäß § 87 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BauO NRW zu beauftragen. Die schriftliche Erklärung des Sachverständigen über die Beauftragung zur stichprobenhaften Kontrolle der Bauausführung ist bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde des Kreises Steinfurt einzureichen.

- 2.4 Mit der Anzeige über die abschließende Fertigstellung ist eine Bescheinigung des beauftragten staatlich anerkannten Sachverständigen zur Standsicherheit einzureichen. Aus diesen Bescheinigungen muss hervorgehen, dass die beauftragten Sachverständigen sich durch stichprobenhafte Kontrollen während der Bauausführung davon überzeugt haben, dass die Anlagen entsprechend der erstellten Nachweise errichtet worden sind.
- 2.5 Da Beton der Überwachungsklasse 2 bzw. 3 der DIN EN 1992 eingebaut wird ist Folgendes zu beachten:
- a) Auf der Baustelle ist an deutlich sichtbarer Stelle unter Hinweis auf die DIN EN 1992 und die Überwachungsstelle zu kennzeichnen, dass Beton der Überwachungsklasse 2 bzw. 3 eingebaut wird.
 - b) Das Bauunternehmen muss über eine ständige Betonprüfstelle (Eigenüberwachung) verfügen oder sich einer nicht unternehmenseigenen Prüfstelle bedienen.
 - c) Es ist durch eine Überwachungsstelle (Fremdüberwachung) der Einbau von Beton der Überwachungsklasse 2 bzw. 3 zu prüfen. Der Überwachungsbericht hierzu ist an der Baustelle und bei der Überwachungsstelle aufzubewahren und den Beauftragten des Bauamtes des Kreises Steinfurt bzw. dem staatlich anerkannten Sachverständigen für die Prüfung der Standsicherheit auf Verlangen vorzulegen.
 - d) Nach Beendigung der Betonarbeiten – spätestens mit der Anzeige über die Fertigstellung des Rohbaus – sind die Ergebnisse aller Prüfungen für Beton der Überwachungsklassen 2 und 3 nach Anhang A der bauüberwachenden Behörde oder dem staatlich anerkannten Sachverständigen für die Prüfung der Standsicherheit und der Überwachungsstelle nach Anhang C zu übergeben.

- 2.6 Die Windenergieanlagen, in deren Gefahrenbereich sich nach dem Eiswaufgutachten (Antragsunterlagen Nr. 63 und 66) schutzbedürftige Objekte (z.B. öffentliche Straßen und Wohnhäuser) befinden, sind mit gutachterlich geprüften, automatisch wirkenden Einrichtungen auszurüsten, durch die der Betrieb bei Eisansatz sicher ausgeschlossen werden kann. Die gutachterliche Prüfung hat sich insbesondere auf die Funktionssicherheit der Einrichtungen zu erstrecken. Zusätzlich sind Hinweisschilder anzubringen, die auf die verbleibende Gefährdung durch Eisabfall bei Rotorstillstand oder Trudelbetrieb aufmerksam machen.
- 2.7 Der Transport über gemeindliche Straßen und Wege ist rechtzeitig vorher mit der Gemeinde Laer abzustimmen.

3 Immissionsschutzrecht

- 3.1 Die Windenergieanlagen (WEA) sind solange während der Nachtzeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr außer Betrieb zu setzen, bis das Schallverhalten der WEA durch FGW-konforme Vermessungen an den genehmigten WEA selbst oder anderen WEA gleichen Typs und gleicher Betriebsweisen die in den nachfolgenden Nebenbestimmungen zum Immissionsschutz festgelegten Lärmbegrenzungen nachweislich einhält.

Der Nachtbetrieb darf erst dann nach schriftlicher Zustimmung durch die Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt aufgenommen werden, wenn messtechnisch nachgewiesen wird, dass das Schallverhalten der von der Genehmigung umfassten WEA das rechtlich zulässige Maß nicht überschreitet.

Für den Nachtbetrieb gilt Folgendes:

Während der Nachtzeit (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) sind die WEA gedrosselt wie folgt zu betreiben:

WEA	Typ	Mode Nachtzeit	Nennleistung, max. kW	Rotorenndrehzahl 1/min, max. (10-min-Mittel)
1	N163/6.8 STE	Mode 8	5.820	8,6
2	N149/5.7 STE	Mode 10	4.290	8,1
3	N149/5.7 STE	Mode 9	4.720	8,9
4	N163/6.8 STE	Mode 13	4.230	7,1
5	N163/6.8 STE	Mode 6	6.080	9,0

Diese Betriebsmodi gemäß Herstellerdatenblätter Nordex Schallemission, Leistungskurven Schubbeiwerte und Nordex Rotornenndrehzahlen (Antragsunterlagen Nr. 14, 20 und 64 zum Genehmigungsbescheid) sind in der Steuerung der WEA fest vorzugeben. Entsprechende Bestätigungen vom Hersteller hat der Anlagenbetreiber der Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt vor Aufnahme des Nachtbetriebs vorzulegen.

- 3.2 Bei der Nachweisführung sind folgende Kenngrößen des Schallberichts R-2-2021-0290.01 vom 18.03.2022 (Antragsunterlage 49 zum Genehmigungsbescheid) zu beachten:

WEA 1 Nordex N 163/6.8 MW mit STE

Oktavspektrum Mode 8 - Informativ: Schallleistungspegel $L_{w \text{ Mode-5}}$ 103,0 dB(A)

f [Hz]	63	125	250	500	1000	2000	4000	8000
$L_{w, \text{Okt, Hersteller}}$ [dB(A)]	89,0	93,7	96,0	96,5	96,9	94,8	85,3	66,4

WEA 2 Nordex N 149/5.7 mit STE

Oktavspektrum Mode 10 - Informativ: Schallleistungspegel $L_{w \text{ Mode-4}}$ 99,5 dB(A)

f [Hz]	63	125	250	500	1000	2000	4000	8000
$L_{w, \text{Okt, Hersteller}}$ [dB(A)]	81,2	87,4	91,1	93,7	94,4	91,9	84,3	76,3

WEA 3 Nordex N 149/5.7 MW mit STE

Oktavspektrum Mode 9 - Informativ Schallleistungspegel $L_{w \text{ Mode-5}}$ 101,5 dB(A)

f [Hz]	63	125	250	500	1000	2000	4000	8000
$L_{w, \text{Okt, Hersteller}}$ [dB(A)]	83,2	89,4	93,1	95,7	96,4	93,9	86,3	78,3

WEA 4 Nordex N 163/6.X mit STE

Oktavspektrum Mode 13 - Informativ Schallleistungspegel $L_{w \text{ Mode-4}}$ 99,0 dB(A)

f [Hz]	63	125	250	500	1000	2000	4000	8000
$L_{w, \text{Okt, Hersteller}}$ [dB(A)]	85,0	89,7	92,0	92,5	92,9	90,8	81,3	62,4

WEA 5 Nordex N 163/6.8 MW mit STE

Oktavspektrum Mode 6 - Informativ Schallleistungspegel $L_{w \text{ Mode-5}}$ 104,0 dB(A)

f [Hz]	63	125	250	500	1000	2000	4000	8000
$L_{w, \text{Okt, Hersteller}}$ [dB(A)]	90,0	94,7	97,0	97,5	97,9	95,8	86,3	67,4

$L_{W,Okt,Hersteller}$: vom Hersteller deklarierter Schallleistungspegel in der jeweiligen Oktave

$\sigma_R = 0,5 \text{ dB}$ (Ungenauigkeit der Schallemissionsvermessung der WEA)

$\sigma_P = 1,2 \text{ dB}$ (Ungenauigkeit durch die Serienstreuung der WEA-Typen)

$\sigma_{Prog} = 1,0 \text{ dB}$ (Unsicherheit des Prognosemodells)

$L_{W,Mode}$ = Summenschallleistungspegel im jeweiligen Betriebsmodus

3.3. Nachweisführung der zulässigen Geräusche zur Aufnahme des Nachtbetriebs

Bei der Vermessung der Emissionspegel ist der Windgeschwindigkeitsbereich und der Rotordrehzahlbereich zu erfassen, in dem die WEA im Nachtbetrieb die höchsten Geräuschemissionen verursachen. Die Emissionsmessungen sind nach den Mess- und Auswertevorschriften der FGW-Richtlinie vorzunehmen. Die Vermessungen dürfen nur durch einen nach §29b BImSchG für Geräuschemissionen anerkannten Sachverständigen durchgeführt werden. Es dürfen keine Sachverständigen für die Geräuschemissionen beauftragt werden, die bei der Planung bereits tätig geworden sind. Bei Vorlage von Messberichten aus Typvermessungen anderer WEA werden die Messberichte nur bei Einhaltung vorgenannter Regelungen akzeptiert. Sollen die Messungen gleichzeitig als Abnahmemessung gelten, gelten die Anforderungen nach der Nebenbestimmung IV 3.4 dieses Genehmigungsbescheids.

Emissionsseitiger Nachweis

Der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs ist erbracht, wenn in den genehmigten Betriebsweisen die gemessenen Oktavschallleistungspegel der pessimalsten Oktavspektren $L_{W,Okt,Messung}$ der genehmigten WEA selbst oder einer typvermessenen WEA die in der Nebenbestimmung 3.2 aufgeführten Werte $L_{W,Okt,Hersteller}$ in allen Oktaven nicht überschreiten.

Halten die so ermittelten Oktavschallleistungspegel $L_{W,Okt,Messung}$ nicht die jeweils festgelegten Werte $L_{W,Okt,Hersteller}$ ein, ist ein immissionsseitiger Vergleich mit den pessimalsten Oktavschallleistungspegeln durchführen zu lassen.

Immissionsseitiger Nachweis bei Vermessungen der genehmigten WEA

Der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs ist erbracht, wenn nachgewiesen wurde, dass die Immissionsanteile der gemessenen pessimalsten Oktavschallleistungspegel der genehmigten WEA zuzüglich des 90%igen-Vertrauensbereichs der Gesamtunsicherheit aus der Vermessung, der Serienstreuung der nicht vermessenen WEA und des Prognosemodells nicht größer sind als die Immissionsanteile $L_{AT} + \sigma_G \times 1,28$ lt. Schalltechnischer Bericht R-2-2021-0290.01.

Hierzu ist mit demselben Schallausbreitungsmodell, welches der Genehmigung zu Grunde lag, eine erneute Ausbreitungsberechnung durchzuführen. Bei der Qualität der Prognose bemisst sich die Unsicherheit der Schallemissionsvermessung nach dem Vermessungsbericht der Messstelle. Die Unsicherheit der Serienstreuung für die vermessene WEA entfällt. Alle weiteren Eingangsdaten sind aus dem Schalltechnischen Bericht R-2-2021-0290.01 (Antragsunterlage 49 zum Genehmigungsbescheid) zu übernehmen.

Immissionsseitiger Nachweis bei Typvermessung

Der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs ist alternativ erbracht, wenn die Immissionsanteile der gemessenen pessimalsten Oktavschallleistungspegel der typvermessenen WEA mit der gleicher Betriebsweise der genehmigten WEA zuzüglich des 90%igen-Vertrauensbereichs der Gesamtunsicherheit aus der Vermessung, der Serienstreuung und des Prognosemodells nicht größer sind als die Immissionsanteile $L_{AT} + \sigma_G \times 1,28$ nach dem Schalltechnischen Bericht R-2-2021-0290.01 vom 18.03.2022 (Antragsunterlage 49 zum Genehmigungsbescheid). Hierzu ist mit demselben Schallausbreitungsmodell, welches der Genehmigung zu Grunde lag, eine erneute Ausbreitungsberechnung durchzuführen. Bei der Qualität der Prognose bemisst sich die Unsicherheit der Schallemissionsvermessung nach dem Vermessungsbericht der Messstelle. Alle weiteren Eingangsdaten sind aus dem Schallbericht R-2-2021-0290.01 vom 18.03.2022 (Antragsunterlage 49 zum Genehmigungsbescheid) zu übernehmen.

3.4 Abnahmemessung

Ist der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs bereits durch die Nachweisführung mittels Vermessung der genehmigten WEA entsprechend vorgenannter Nebenbestimmungen erbracht, ist die nachfolgende Regelung gegenstandslos.

Ansonsten gilt folgendes:

Spätestens ein Jahr nach Inbetriebnahme der WEA sind durch einen nach § 29b BImSchG für Geräuschmessungen anerkannten Sachverständigen Abnahmemessungen durchzuführen. Die Auftragsvergabe hat spätestens einen Monat nach Inbetriebnahme zu erfolgen. Die Durchschrift des Auftrags ist der Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt vorzulegen. Bevor die Messung durchgeführt wird, ist das Messkonzept mit der Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt abzustimmen. Im Rahmen der messtechnischen Überprüfung ist der Windgeschwindigkeitsbereich und der Rotordrehzahlbereich zu erfassen, in dem die WEA die höchsten Geräuschemissionen verursacht.

Emissionsmessungen sind nach den Mess- und Auswertevorschriften der FGW-Richtlinie vorzunehmen. Immissionsmessungen sind während der Nachtzeit (22.00 Uhr bis 06.00 Uhr) durchzuführen. Die Messstelle ist zu beauftragen, den Messbericht der Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt unverzüglich direkt zu übersenden.

Der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs ist entsprechend Nebenbestimmung IV 3.3 bei Emissionsmessungen oder entsprechend nachfolgender Nebenbestimmung bei Immissionsmessungen zu erbringen.

Es dürfen keine Sachverständigen für die Geräuschmessungen beauftragt werden, die bei der Planung bereits tätig geworden sind.

- 3.5 Die von der Genehmigung erfassten WEA sind schalltechnisch so zu errichten und zu betreiben, dass die von diesen Anlagen einschließlich aller Nebeneinrichtungen verursachten Geräuschemissionen auch in Verbindung mit anderen Anlagen für die die TA Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) gilt im Einwirkungsbereich dieser genehmigten WEA an den auf der Seite 10 des Schalltechnischen Berichts R-2-2021-0290.01 (Antragsunterlage 49 zum Genehmigungsbescheid) genannten Immissionsorten mit den Bezeichnungen „IP“ folgende Werte nicht überschreiten:

IP 25 und IP 26

bei Tage:	55 dB(A)
bei Nacht:	40 dB(A)

IP 01 bis IP 24 und IP 27 bis IP 42

bei Tage:	60 dB(A)
bei Nacht:	45 dB(A)

gemessen und bewertet nach der TA Lärm vom 26.08.1998.

Diese Werte gelten auch dann als eingehalten, wenn der Lärmwert an den genannten Immissionsorten aufgrund der Vorbelastung dauerhaft um nicht mehr als 1 dB(A) überschritten wird.

- 3.6 Wird durch die unter der Nebenbestimmung IV 3.4 geforderten Abnahmemessung festgestellt, dass der Betrieb der WEA nicht die in der vorgenannten Nebenbestimmung festgelegten Lärmbegrenzungen einhält, sind die WEA soweit in Ihrer Betriebsweise zu reduzieren, dass die unter der Nebenbestimmung IV 3.5 festgelegten Immissionswerte unter Berücksichtigung des 90%igen Vertrauensbereichs eingehalten werden.
- 3.7 Die WEA sind so auszurüsten und zu betreiben, dass der Betrieb keine tonhaltigen Geräusche im Sinne des Abschnitts A.2.5.2 des Anhangs der TA Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) aufweist, für die nach der Nr. 5.2.1.1 des Windenergie-Erlasses NRW vom 08.05.2018 ein Tonzuschlag $K_T = 3 \text{ dB}$ oder $K_T = 6 \text{ dB}$ zu vergeben ist.

- 3.8 Wird durch die unter Nebenbestimmungen Nr. 3.4 geforderte Abnahmemessung festgestellt, dass beim Betrieb der WEA tonhaltige Geräusche im Sinne des Abschnitts A.2.5.2 des Anhangs der TA Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) auftreten, für die nach Nr. 5.2.1.1 des Windenergie-Erlasses NRW vom 08.05.2018 ein Tonzuschlag zu vergeben ist, sind die WEA umgehend nachts so lange außer Betrieb zu nehmen, bis der messtechnische Nachweis vorliegt, dass die WEA keine Tonhaltigkeit mehr aufweisen.
- 3.9 Die WEA sind so auszurüsten und zu betreiben, dass durch den Betrieb dieser Anlagen keine tieffrequenten Geräusche im Sinne der Nr. 7.3 und des Anhangs A.1.5 der TA Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) i.V.m. der DIN 45680 ($L_{Aeq} - L_{Ceq} > 20 \text{ dB}$) an den maßgeblichen Immissionsorten hervorgerufen werden.
- 3.10 Werden die Anhaltswerte für schädliche Umwelteinwirkungen durch tieffrequente Geräusche nach Beiblatt 1 zu DIN 45680 überschritten, sind die WEA umgehend so lange außer Betrieb zu nehmen, bis der messtechnische Nachweis vorliegt, dass an den maßgeblichen Immissionsorten keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch tieffrequente Geräusche mehr hervorgerufen werden und der Betrieb durch die Immissionsschutzbehörde des Kreis Steinfurt wieder freigegeben wurde.
- 3.11 Sollten die tieffrequenten Geräusche nachweislich nur bei bestimmten Betriebsweisen auftreten, beschränkt sich die vor genannte Regelung nur auf die Betriebsweisen in denen die tieffrequenten Geräusche auftreten.
- 3.12 Für die WEA ist der eingestellte Betriebszustand automatisch zu dokumentieren. Aus den Protokollen müssen folgende Parameter jeweils im 10-min-Mittel hervor-gehen: Datum, Uhrzeit, Windgeschwindigkeit, Rotordrehzahl und Leistung in kW.
- Das Protokoll ist rückwirkend für einen Zeitraum von wenigstens fünf Jahren auf-zubewahren. Die Protokolle sind auf Anforderung der Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt vorzulegen. Alternativ können sie online zur Einsicht zur Ver-fügung gestellt werden.

- 3.13 Die Funktion der Serrated Trailing Edge/ Serrations (STE) an den Rotorblättern der WEA ist über die gesamte Betriebsdauer der WEA zu erhalten. Dieses ist gegenüber der Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt auf Nachfrage zu belegen (z. B. Wartungsprotokolle).
- 3.14 Die von der Genehmigung erfassten WEA dürfen an den im Beschattungsbereich nach der Schattenwurfkarte (Antragsunterlage 48 zum Genehmigungsbescheid) gelegenen schützenswerten Immissionsorten keinen dauerhaften Schattenwurf verursachen. Dazu ist die WEA mit einer Schattenabschaltautomatik auszurüsten und zu betreiben, die die WEA bei unzulässigen Schattenwurf außer Betrieb setzt. Bei Bewölkungssituationen mit schnellem Licht / Schatten - Wechsel sind kurzzeitige WEA-Abschaltungen nach dem Stand der Technik zu vermeiden. Dies wird dadurch erreicht, dass eine gewisse Reaktionszeit von maximal 3 bis 5 Minuten benötigt wird, bis es zur Schattenabschaltung kommt.

Zur Programmierung der Abschaltautomatik müssen die Standorte der WEA und die zu schützenden schattenbeaufschlagten Flächen an den Immissionsorten genau ermittelt werden.

Erläuterungen:

Maßgebliche Immissionsorte sind schutzwürdige Räume, die als Wohnräume, einschließlich Wohndielen, Schlafräume, Unterrichtsräume in Schule, Hochschulen und ähnlichen Einrichtungen, Büroräume, Praxisräume, Schulungsräume und ähnliche Arbeitsräume genutzt werden. Direkt an Gebäuden beginnende Außenflächen (z.B. Terrassen, Balkone) sind schutzwürdigen Räumen tagsüber zwischen 06.00 Uhr und 22.00 Uhr gleichgestellt. Periodischer Schattenwurf ist die wiederkehrende Verschattung des direkten Sonnenlichts durch die Rotorblätter der WEA. Vom menschlichen Auge werden Helligkeitsunterschiede größer 2,5 % wahrgenommen. Beträgt die Bestrahlungsstärke der direkten Sonnenstrahlung auf der zur Einfallrichtung normalen Ebene mehr als 120 W/m^2 , so ist Sonnenschein mit Schattenwurf anzunehmen.

- 3.15 Die ermittelten Daten zu den Abschalt- und Beschattungszeiträumen sind von der Abschalteinheit für jeden Immissionsort zu dokumentieren. Das Protokoll hierüber ist in Form einer monatlichen Übersicht, unter Angabe von Tag und Uhrzeit für die ersten 6 Monate nach Inbetriebnahme zu erstellen und unaufgefordert der Immissionsschutzbehörde des Kreis Steinfurt vorzulegen. Danach sind die Protokolle auf Anforderung der Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt vorzulegen.

4 Naturschutzrecht

- 4.1 Die mit diesem Bescheid genehmigte Windenergieanlagen dürfen nur dann errichtet und betrieben werden, wenn die nachfolgenden Regelungen (Aufschiebende Bedingungen nach § 36 Abs. 2 Nr. 2 VwVfG NRW) erfüllt werden:

- 4.1.1 Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahme Nahrungshabitat Baumfalke; siehe AFB Kapitel 10.2.1 und Maßnahmenblatt „Nahrungshabitat Baumfalke“)

Die gemäß dem Fachbeitrag Artenschutz und im entsprechenden Maßnahmenblatt festgelegten Ausgleichsmaßnahmen aus Artenschutzgründen sind als vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG vor Inbetriebnahme der WEA zu realisieren:

Auf den Flächen (Gemarkung Laer, Flur 21, Flurstücke 29, 30 und 40 und Gemarkung Laer, Flur 24, Flurstücke 72, 73 und 151) Abgrenzung gemäß dem Formular Naturschutzmaßnahme in Entfernungen von rd. 3.200 m bzw. 1.000 m nördlich der Anlagenstandorte werden als CEF-Maßnahme zwei Nahrungshabitate für den Baumfalken angelegt.

Als Nahrungsfläche für den Baumfalken wird eine rd. 1,7 ha große Fläche als Ackerbrache und eine rd. 0,3 ha große Fläche als Grünland entwickelt. Die Flächenpflege ist gemäß den Vorgaben im Maßnahmenblatt umzusetzen und sicherzustellen. Die Flächen sind mit geeigneten Mitteln (z.B. Eichenspaltpfählen) abzugrenzen und im Gelände sichtbar zu markieren.

Mit dem Betrieb der WEA darf erst begonnen werden, wenn der Funktionsnachweis der CEF-Flächen für den Baumfalken durch einen Fachgutachter bestätigt und der UNB vorgelegt wird. Nachbessernde Maßnahmen bei fehlender Funktion bleiben vorbehalten.

4.1.2 Grunddienstbarkeiten

Mit dem Bau der Anlagen darf erst dann begonnen werden, wenn dem Kreis Steinfurt Grundbucheintragungen zur Sicherung der CEF-Maßnahmen (V/CEF; „Nahrungshabitat Baumfalke“) für den Baumfalken für den Genehmigungsinhaber und den Kreis Steinfurt vorliegen. Die Begünstigten sind zu berechtigen, die Fläche zu haben und zu halten, entsprechend den Ausführungen des Landschaftspflegerischen Begleitplanes und des artenschutzrechtlichen Gutachtens herzurichten, zu bewirtschaften und zu betreten. Die beschränkte persönliche Dienstbarkeit ist an rangbereiter Stelle einzutragen. Diese Grunddienstbarkeit muss zur Sicherstellung der Leistungserfüllung der CEF-Maßnahmen spätestens zum Zeitpunkt des Baubeginns vorliegen. Hilfsweise ist die Vorlage eines Notartestates möglich.

4.1.3 Rechtliche Sicherung der Kompensationsmaßnahmen

Mit dem Bau der Anlagen darf erst dann begonnen werden, wenn dem Kreis Steinfurt Grundbucheintragungen zur Sicherung sämtlicher gemäß der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanz festgelegter Kompensationsmaßnahmen im Sinne des § 15 Abs. 2 BNatSchG für den Genehmigungsinhaber und den Kreis Steinfurt vorliegen. Die Begünstigten sind zu berechtigen, die Fläche zu haben und zu halten, entsprechend den Ausführungen des Landschaftspflegerischen Begleitplanes und den Nebenbestimmungen dieser Genehmigung herzurichten, zu bewirtschaften und zu betreten. Die beschränkte persönliche Dienstbarkeit ist an rangbereiter Stelle einzutragen. Diese Grunddienstbarkeit muss zur Sicherstellung der Leistungserfüllung der Kompensationsmaßnahme spätestens zum Zeitpunkt des Baubeginns vorliegen. Hilfsweise ist die Vorlage eines Notartestates möglich.

4.1.4 Ersatzgeld

Mit der Baumaßnahme darf erst dann begonnen werden, wenn das im Landschaftspflegerischen Begleitplan zum Ausgleich der Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes ermittelte Ersatzgeld in Höhe von **154.172,- €** auf das Konto des Kreises bei der Kreissparkasse Steinfurt, IBAN: DE06 4035 1060 0000 0003 31, BIC: WELADED1STF oder bei der VR-Bank Kreis Steinfurt eG, IBAN: DE 74 4036 1906 4340 3002 00, BIC: GENODEM1IBB, unter Angabe des Kassenzeichens **0364000105** überwiesen wurde.

4.1.5 Sicherheitsleistungen

Vor Beginn der bauvorbereitenden Maßnahmen ist für die Kompensationsmaßnahmen K1 (siehe Antragsunterlage Nr. 61 - Naturschutzmaßnahme Anlage von Nahrungsflächen (CEF) für den Baumfalken) und K2 (siehe Antragsunterlage Nr. 55 - Anpflanzung einer 2-reihigen Hecke auf 137 m Länge und 3 m Breite) eine Sicherheitsleistung in Höhe von **155.504,20 €** in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft einer europäischen Großbank oder öffentlichen Sparkasse zu Gunsten des Umweltamtes des Kreises Steinfurt beizubringen. In der Bürgschaft ist sicherzustellen, dass die bürgende Bank den Bürgschaftsbetrag auf erstes Anfordern an die Untere Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt zahlt und auf die Einreden der Anrechnung, der Aufrechnung und der Vorklage verzichtet (§§ 770, 771 BGB).

Die Sicherheitsleistung wird bei Nachweis der vollständig durchgeführten Kompensationsmaßnahmen wieder freigegeben. Eine teilweise Rückgabe nach jährlich erfolgter Pflege ist in Abstimmung mit der UNB möglich. Hierzu ist ein entsprechend positives, gemeinsames Abnahmeprotokoll bei der UNB zu beantragen und bei der Genehmigungsbehörde einzureichen.

4.1.6 Baulasteintragungen

Die Kompensationsmaßnahmen sind für die gesamte Laufzeit der Windenergieanlagen zu unterhalten und rechtlich zu sichern. Die jeweils geltenden gesetzlichen Vorgaben sind zu beachten. Diese Sicherung hat durch Eintragung einer ent-

sprechenden Baulast zu Gunsten des Kreises Steinfurt im jeweiligen Baulastenverzeichnis zu erfolgen. Diese Baulasteintragung ist spätestens zum Zeitpunkt des Baubeginns dem Umweltamt des Kreises Steinfurt vorzulegen. Verantwortlich für die Unterhaltung der Ersatzmaßnahme inklusive aller Monitoringmaßnahmen ist der Anlagenbetreiber.

4.2 Allgemeine Umweltbaubegleitung

Zur allgemeinen Berücksichtigung der Umweltbelange beim Bau und zur Vermeidung der Verbotstatbestände ist eine Umweltbaubegleitung für die Herstellung der Bauflächen als auch der CEF-Maßnahmen von einem Fachgutachter durchzuführen. Die Berichte sind vierzehntägig bei der UNB einzureichen. Bei drohender Gefahr eines unmittelbaren Eintritts der Verbotstatbestände ist die UNB unmittelbar zu informieren.

4.3 Ökologische Baubegleitung bzgl. Baumfällung (Zuwegung zur WEA 3; siehe AFB Kapitel 10.1.3)

Die zu fällende dreischäftige Schwarz-Erle (Zuwegung zur WEA 3) ist vor der Fällung durch einen Fachgutachter auf Spalten, Höhlen und Risse zu kontrollieren. Auf dieser Grundlage ist durch den Fachgutachter festzulegen, ob und ggf. welche Vermeidungsmaßnahmen zur Fällung des Baums erforderlich sind. Den Anweisungen des Fachgutachters ist hierbei unbedingt Folge zu leisten. Zudem ist der Bauherr verpflichtet, geeignetes technisches Gerät zur Unterstützung der ökologischen Baubegleitung bereitzustellen.

Sind Fledermäuse vorhanden, sind die Arbeiten umgehend einzustellen und das weitere Vorgehen ist mit der UNB abzustimmen. Der Bericht ist der UNB vor den Gehölzfällarbeiten vorzulegen.

4.4 Bauzeiten (siehe AFB Kapitel 10.1.1 und Maßnahmenblatt „Bauzeitenregelung Gehölzarbeiten“ und „Bauzeitenregelung Bodenarbeiten“)

Erforderliche Fäll- und Rodungsarbeiten von Gehölzen zur Errichtung der Windenergieanlagen sind zum Schutz gehölzbrütender Arten (Vögel und Fledermäuse nach §§ 39 und 44 BNatSchG) außerhalb der Brut- und Wochenstubenzeit, also

vom 01. Oktober bis 28. Februar zu legen. Dies gilt auch für Maßnahmen der baulichen Vorbereitung auf gehölzbestandenen Flächen (z.B. Wegebau, Baufeldfreimachung).

Falls Bäume mit einer Quartierfunktion für Fledermäuse (Durchmesser ≥ 30 cm) vorhanden sind und somit eine Quartierfunktion für Fledermäuse aufweisen können, ist vor den Fäll- oder Rückschnittarbeiten von einem Sachverständigen ein Besatz durch Fledermäuse zu überprüfen. Sind Fledermäuse vorhanden, sind die Arbeiten umgehend einzustellen und das weitere Vorgehen ist mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Der Bericht ist der UNB vor den Gehölzfällarbeiten vorzulegen.

Flächenintensive Baumaßnahmen (z.B. Abschieben von Oberboden, Schotterung, Einrichten von Lagerflächen, Anlage von Bodenmieten, Ablagerung von Schotterhaufen) zur Erschließung der Windenergieanlagen erfolgen zum Schutz der bodenbrütenden Vogelarten im Offenland (Wachtel, Rebhuhn, Feldlerche, Kiebitz) und der Rohrweihe (§ 44 BNatSchG) außerhalb der Brutzeit innerhalb des Zeitraumes vom 31.08. bis 01.03. Dies gilt auch für Maßnahmen der baulichen Vorbereitung im Offenland (z.B. Wegebau, Baufeldfreimachung).

Die Errichtung der WEA erfolgt zum Schutz der bodenbrütenden Vogelarten im Offenland (Wachtel, Rebhuhn, Feldlerche, Kiebitz) und der Rohrweihe (§ 44 BNatSchG) außerhalb der Brutzeit innerhalb des Zeitraumes vom 31.07. bis 01.03.

Abweichungen von den Bauzeitenfenstern des Absatzes 4 dieser Nebenbestimmung sind nur für nicht flächenintensive Baumaßnahmen möglich und lediglich durch belegbare betriebsbedingte Gründe zulässig, die vom Bauherrn 4 Wochen vor dem anzuzeigenden Baubeginn darzustellen sind. Sie bedürfen der schriftlichen Zustimmung der UNB.

Die faunistische Erfassung als Teil der Umweltbaubegleitung ist fachlich darzustellen. Dies gilt für die Methodik der Besatzkontrollen und der Umsetzung von Vermeidungsmaßnahmen. Der Untersuchungsradius ist artspezifisch anhand der Störradien der erfassten Arten im Umfeld zu wählen und beträgt mindestens

300 m. Die faunistische Umweltbaubegleitung bedarf einer nachweisbaren fachlichen Qualifikation.

Nach Zustimmung durch die Untere Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt sind die entsprechenden Erfassungen und Maßnahmen durch die faunistische Umweltbaubegleitung durchzuführen oder zu veranlassen und zu protokollieren. Hierzu zählen auch vorbereitende Maßnahmen zur Konfliktminderung wie die Herstellung unattraktiver Brutflächen. Die Berichte sind wöchentlich einzureichen. Bei drohender Gefahr eines unmittelbaren Eintritts der Verbotstatbestände ist die UNB unmittelbar zu informieren.

4.5 Abschaltalgorithmen für kollisionsgefährdete WEA-empfindliche Fledermausarten (siehe AFB Kapitel 10.1.4 und Maßnahmenblatt „Abschaltalgorithmen Fledermäuse“)

Nach Inbetriebnahme (inklusive des Probetriebes) sind die Windenergieanlagen im Zeitraum vom 01. April bis 31. Oktober eines jeden Jahres zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang vollständig abzuschalten, wenn die folgenden Bedingungen zugleich erfüllt sind: Windgeschwindigkeiten im 10min-Mittel von < 6 m/s sowie Temperaturen von > 10 Grad Celsius in Gondelhöhe.

Der Parameter Niederschlag kann aufgrund fehlender Erkenntnisse und Schwellenwerte nach dem Leitfaden „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen (MKULNV & LANUV 2017)“ nicht verwendet werden. Falls eine Anwendung nach einer Evaluierung des Leitfadens möglich ist, kann der Niederschlag als Steuerungsgröße nach bewilligtem Antrag in den Folgejahren verwendet werden. Der Antrag ist beim Umweltamt des Kreises Steinfurt zu stellen.

Bei Inbetriebnahme der WEA ist der UNB eine Erklärung des Fachunternehmers vorzulegen, aus der ersichtlich ist, dass die Abschaltung funktionsfähig eingerichtet ist. Die Betriebs- und Abschaltzeiten sind über die Betriebsdatenregistrierung der WEA zu erfassen, mindestens 5 Jahre als Excel Datei oder in einem vergleichbaren Format zu speichern und auf Verlangen der UNB vorzulegen. Dabei müssen mindestens die Parameter Windgeschwindigkeit, Temperatur und elektrische Leistung im 10min-Mittel erfasst werden.

Der Betreiber der WEA hat sicherzustellen, dass der vereinbarte Abschaltalgorithmus eingehalten wird.

4.6. Begleitendes Gondelmonitoring (siehe AFB Kapitel 10.1.4 und Maßnahmenblatt „Abschaltalgorithmen Fledermäuse“)

Soll dauerhaft von der obigen Nebenbestimmung abgewichen werden, kann nach Inbetriebnahme ein akustisches Fledermaus-Monitoring gemäß Kapitel 9 des Leitfadens „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen (MKULNV & LANUV 2017)“ und in Anlehnung an „Robert Brinkmann, Oliver Behr, Ivo Niermann und Michael Reich (Hrsg.): Entwicklung von Methoden zur Untersuchung und Reduktion des Kollisionsrisikos von Fledermäusen an Onshore-Windenergieanlagen. Hannover, 2011“ durchgeführt werden.

Mindestens während des ersten Jahres des Monitorings ist der unter der Nebenbestimmung IV 4.5 festgelegte Abschaltalgorithmus an den WEA zu betreiben.

Es sind zwei aufeinander folgende Aktivitätsperioden zu erfassen, die jeweils den Zeitraum zwischen dem 01.04. und 31.10. umfassen. Mindestens alle zwei Wochen ist der Status der Geräte zu überprüfen, um Ausfallzeiten gering zu halten.

Das Monitoring ist von einem qualifizierten Fachgutachter durchzuführen, der nachweislich Erfahrungen mit dem Monitoring von Fledermäusen hat.

Bis zum 31.12. des jeweiligen Monitoringjahres ist der UNB zur Prüfung und Beurteilung jeweils unaufgefordert ein Bericht des Fachgutachters mit den Monitoring-Ergebnissen und ihrer fachlichen Beurteilung vorzulegen.

Nach Abschluss des ersten Monitoring-Jahres werden die festgelegten Abschaltbedingungen an die Ergebnisse des Monitorings angepasst. Die WEA sind dann im Folgejahr mit den neuen Abschaltalgorithmen zu betreiben.

Nach Abschluss des zweiten erfolgreich durchgeführten Monitoring-Jahres wird der endgültige Abschaltalgorithmus festgelegt. Hierzu ist ein Antrag beim Umweltamt des Kreises Steinfurt zu stellen.

In den Folgejahren ist es dem Inhaber der Genehmigung freigestellt, das Monitoring nach Rücksprache mit der UNB fortsetzen, um die Abschaltzeiten ggf. genauer einzugrenzen.

4.7 Gestaltung der Mastfußbereiche (siehe AFB Kapitel 10.1.5 und Maßnahmenblatt „Strukturarme Mastfußgestaltung“)

Zur Minderung des Kollisionsrisikos für Vögel und Fledermäuse dürfen im Umkreis von 150 m um den jeweiligen Mastmittelpunkt keine Gewässer angelegt und keine Brachflächen, Blühstreifen etc. zugelassen werden. Dies betrifft nicht gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen (z.B. Umsetzung der PflSchAnwV). Es dürfen keine Gehölze (z.B. Baumreihen, Hecken, flächige Gehölze) angepflanzt werden. Ebenso ist eine Lagerung von Stoffen, wie z.B. Festmist, Silage-, Kompost-, Reisig- oder Steinhaufen im Umkreis von 150 m nicht zulässig. Es ist eine landwirtschaftliche Nutzung, soweit die Bearbeitungsfähigkeit es zulässt, oder eine Bepflanzung mit Bodendeckern bis an den Mastfuß, die Kranstellflächen und die Zugbewegungen vorzusehen.

4.8 Temporäre Abschaltalgorithmen für kollisionsgefährdete WEA-empfindliche Greifvogelarten (siehe AFB Kapitel 10.1.6 und Maßnahmenblatt „Mahdabschaltung“)

Bei Grünlandmäh:

Im Umkreis von mindestens 100 m um die Windenergieanlagen hat bei Grünlandmähen eine Abschaltung ab dem Mahdbeginn und an den darauffolgenden drei Tagen (von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang) zu erfolgen.

Bei Ernte auf Ackerflächen:

Im Umkreis von mindestens 100 m um die Windenergieanlagen hat bei einer Getreideernte auf Ackerflächen die Abschaltung ab dem Ertebeginn bis zum Ende der Stoppelbrache (von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang) zu erfolgen.

Wenn die Stoppelbrache nicht umgebrochen wird oder im Fall des Anbaus von Mais, Sonderkulturen oder umbruchfreien Kulturen kann die Abschaltung ab dem 4. Tag nach der Ernte aufgehoben werden.

Die Abschaltung ist bei allen Erntevorgängen aller Feldfrüchte im gesamten Jahresverlauf vorzunehmen.

Die Betriebs- und Abschaltzeiten sind über die Betriebsdatenregistrierung der WEA zu erfassen und jährlich der UNB bis zum 31.12. zu übermitteln.

4.9 Umsetzung der Kompensationsleistungen

Für die Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen gemäß § 15 Abs. 2 BNatSchG (Maßnahmen K1 und K2) sind die Vorgaben des LBP sowie der beigefügten Maßnahmenblätter einzuhalten. Ebenso ist das Pflegekonzept dementsprechend umzusetzen. Durch sachgerechte Anordnung, Pflege und erforderliche Schutzmaßnahmen (z. B. Wildschutz- bzw. Weidezaun) ist ihr langfristiger Bestand zu sichern. Abgängige Gehölze sind auch über den Zeitraum von 5 Jahren hinaus gleichwertig zu ersetzen.

4.10 Fertigstellung der Kompensationsleistungen

Sämtliche festgelegten Kompensationsmaßnahmen gemäß § 15 Abs. 2 BNatSchG sind gemäß § 15 Abs. 4 BNatSchG spätestens 12 Monate nach Beginn der Arbeiten zur Errichtung der WEA (einschließlich vorbereitender Maßnahmen wie z. B. Wegebau) abzuschließen. Der UNB ist der Abschluss der Umsetzung der Kompensationsmaßnahme schriftlich mitzuteilen.

Für alle Pflanzmaßnahmen gelten eine 1-jährige Fertigstellungspflege und eine 2-jährige Entwicklungspflege. Nach 3 Jahren ist eine Schlussabnahme durchzuführen.

4.11 Oberbodenlagerung

Überschüssiger Oberboden, der nicht für das Anfüllen der Fundamente und / oder die Wiederherrichtung der Grundflächen des Vorhabens verwendet wird, darf erst nach einvernehmlicher Absprache mit der UNB auf Freiflächen aufgebracht werden. Für die naturschutzfachliche Beurteilung sind hierzu Beschreibungen und eindeutige Darstellungen zur Lage des jeweiligen Aufbringungsortes, der Menge, der Auftragsstärke und des Arbeitszeitfensters erforderlich. Ob ggf. weitere Genehmigungen einzuholen sind (z.B. Baugenehmigung) hat der Bauherr im Vorfeld eigenständig zu klären.

5 Abfallwirtschafts- und Bodenschutzrecht

- 5.1 Anfallender Ober-/Mutterboden ist nach DIN 18300 und DIN 18320 zwischen zu lagern und vorrangig zum Zwecke der Abdeckung/Auffüllung der Grundstücksfläche zu verwenden (§ 1 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)).
- 5.2 Soweit sich bei den Bauarbeiten Auffälligkeiten nach Farbe, Geruch usw. im Boden oder in Baukörpern zeigen, die auf eine Kontamination des Bodens oder des Baukörpers mit umweltgefährdenden Stoffen hindeuten, ist das Umweltamt des Kreises Steinfurt unverzüglich durch den verantwortlichen Bauleiter bzw. den Bauherren zu benachrichtigen, um ggf. eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der verunreinigten Bauabfälle sicherzustellen.
- 5.3 Als Baumaterial verwendeter Boden und Bauschutt darf keine schädlichen Verunreinigungen enthalten. Soll dieses mineralische Material für bauliche Maßnahmen verwendet werden (ab 20 m³), sind die „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen – Technische Regeln – Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) Nr. 20“ in der jeweils gültigen Fassung) zu beachten.

6 Wasserrecht

- 6.1 Die Anlagenteile der Windenergieanlagen (z.B. turmintegrierte Trafostationen), die wassergefährdende Stoffe enthalten, sind jeweils mit ausreichend dimensionierten flüssigkeitsdichten Auffangvorrichtungen zu versehen.
- 6.2 Sofern der Betreiber der Windenergieanlagen einen Alarmplan aufzustellen hat, ist in diesen Alarmplan die Untere Wasserbehörde des Kreises Steinfurt aufzunehmen.

7 Ziviles und militärisches Luftfahrtrecht

- 7.1 Die Windenergieanlagen (WEA) sind mit einer Tages- und Nachtkennzeichnung gemäß der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrt-hindernissen (AVV; NfL 1-2051-20 vom 24.04.2020) auszurüsten. Es ist eine Ver-öffentlichung als Luftfahrthindernis zu veranlassen.
- 7.2 Da eine Tageskennzeichnung für die WEA erforderlich ist, sind die Rotorblätter der WEA weiß oder grau auszuführen; im äußeren Bereich sind sie durch drei Farbfel-der von je 6 m Länge (außen beginnend 6 m orange - 6 m weiß - 6 m orange oder außen beginnend mit 6 m rot - 6 m weiß oder grau - 6 m rot) zu kennzeichnen. Hierfür sind die Farbtöne Verkehrsweiß (RAL 9016), grauweiß (RAL 9002), licht-grau (RAL 7035), achatgrau (RAL 7038), Verkehrsorange (RAL 2009) oder ver-kehrsrot (RAL 3020) zu verwenden. Die Verwendung entsprechender Tages-leuchtfarben ist zulässig.
- 7.3 Aufgrund der beantragten Höhe der WEA ist das Maschinenhaus auf halber Höhe rückwärtig umlaufend mit einem 2 m hohen orange / roten Streifen zu versehen. Der Streifen darf durch grafische Elemente und / oder konstruktionsbedingt unter-brochen werden. Grafische Elemente dürfen maximal ein Drittel der Fläche der jeweiligen Maschinenhausseite beanspruchen. Auch eine Komplettfärbung des Maschinenhauses in rot ist alternativ zulässig.
- 7.4 Der jeweilige Mast ist mit einem 3 m hohen Farbring in orange / rot, beginnend in 40 m über Grund, zu versehen. Die Markierung kann aus technischen Gründen oder bedingt durch örtliche Besonderheiten versetzt angeordnet werden.
- 7.5 An den geplanten Standorten können abhängig von Hindernissituationen ergän-zend auch Tagesfeuer (Mittelleistungsfeuer Typ A, 20.000 cd, gemäß ICAO An-hang 14, Band I, Tabelle 6.1 und 6.3 des Chicagoer Abkommens) gefordert wer-den, wenn dieses für die sichere Durchführung des Luftverkehrs als notwendig er-achtet wird. Das Tagesfeuer muss auf dem Dach des Maschinenhauses gedoppelt installiert werden. Außerhalb von Hindernisbegrenzungsflächen an Flugplätzen darf das Tagesfeuer um mehr als 50 m überragt werden.

- 7.6 Die Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen mit einer maximalen Höhe von 315 m über Grund muss durch Feuer W, rot oder Feuer W, rot ES erfolgen.

In diesen Fällen sind zusätzliche Hindernisbefeuerungsebenen, bestehend aus Hindernisfeuer (ES), am Turm auf der halben Höhe zwischen Grund und der Nachtkennzeichnung auf dem Maschinenhausdach erforderlich. Sofern aus technischen Gründen notwendig, kann bei der Anordnung der Befeuerungsebene um bis zu 5 m nach oben / unten abgewichen werden. Dabei müssen aus jeder Richtung mindestens zwei Hindernisfeuer sichtbar sein. Ist eine zusätzliche Infrarotkennzeichnung (AVV, Anhang 3) vorgesehen, ist diese auf dem Dach des Maschinenhauses anzubringen.

- 7.7 Es ist (z. B. durch Doppelung der Feuer) dafür zu sorgen, dass auch bei Stillstand des Rotors sowie bei einer Blinkfrequenz synchronen Drehzahl mindestens ein Feuer aus jeder Richtung sichtbar ist. Der Einschaltvorgang erfolgt grundsätzlich über einen Dämmerungsschalter gemäß der AVV, Nr. 3.9.

Sofern die Vorgaben (AVV, Anhang 6, insbesondere Standort- und Baumusterprüfung) erfüllt werden, kann der Einsatz einer bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung erfolgen. Da sich die geplanten Windenergieanlagen außerhalb des kontrollierten Luftraumes befinden, bestehen aus zivilen und militärischen flugsicherungsbetrieblichen Gründen seitens der DFS (Deutsche Flugsicherung) keine Bedenken gegen die Anbringung einer BNK (Bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung).

- 7.8 Die Feuer W rot, bzw. Feuer W, rot ES, sind so zu installieren, dass immer mindestens ein Feuer aus jeder Richtung zu sehen ist. Gegebenenfalls müssen die Feuer gedoppelt, jeweils versetzt auf dem Maschinenhausdach - nötigenfalls auf Aufständern - angebracht werden. Dabei ist zu beachten, dass die gedoppelten Feuer gleichzeitig (synchron blinkend) betrieben werden. Das gleichzeitige Blinken ist erforderlich, damit die Feuer der WEA während der Blinkphase nicht durch einen Flügel des Rotors verdeckt werden.

Die Blinkfolge der Feuer auf den Windenergieanlagen ist zu synchronisieren. Die Taktfolge ist auf 00.00.00 Sekunde gemäß UTC mit einer zulässigen Null-Punkt-Verschiebung von ± 50 ms zu starten.

- 7.9 Für die Ein- und Ausschaltvorgänge der Nachtkennzeichnung bzw. Umschaltung auf das Tagesfeuer sind Dämmerungsschalter, die bei einer Umfeldhelligkeit von 50 bis 150 Lux schalten, einzusetzen.
- 7.10 Bei Ausfall der Spannungsquelle muss sich die Befeuerung automatisch auf ein Ersatzstromnetz umschalten.
- 7.11 Bei Feuern mit sehr langer Lebensdauer des Leuchtmittels (z.B. LED) kann auf ein Reserveleuchtmittel verzichtet werden, wenn die Betriebsdauer erfasst und das Leuchtmittel bei Erreichen des Punktes mit 5 %-Ausfallwahrscheinlichkeit getauscht wird. Bei Ausfall des Feuers muss eine entsprechende Mitteilung an den Betreiber erfolgen.
- 7.12 Störungen der Feuer, die nicht sofort behoben werden können, sind der NOTAM-Zentrale in Frankfurt / Main unter der Rufnummer 06103 707 5555 oder per E-Mail notam.office@dfs.de unverzüglich bekannt zu geben. Der Ausfall der Kennzeichnung ist so schnell wie möglich zu beheben. Sobald die Störung behoben ist, ist die NOTAM-Zentrale unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen. Ist eine Behebung innerhalb von zwei Wochen nicht möglich, ist die NOTAM-Zentrale und das Umweltamt des Kreises Steinfurt nach Ablauf von zwei Wochen erneut zu informieren.
- 7.13 Für den Fall einer Störung der primären elektrischen Spannungsversorgung muss ein Ersatzstromversorgungskonzept vorliegen. Der Betrieb der Feuer ist grundsätzlich bis zur Wiederherstellung der Spannungsversorgung sicherzustellen. Die Zeitdauer der Unterbrechung zwischen Ausfall der Netzversorgung und Umschalten auf die Ersatzstromversorgung darf zwei Minuten nicht überschreiten. Diese Vorgabe gilt nicht für die Infrarotkennzeichnung.
- 7.14 Eine Reduzierung der Nennlichtstärke beim Tagesfeuer, beim Feuer W, rot und Feuer W rot ES ist nur bei Verwendung der vom Deutschen Wetterdienst (DWD) anerkannten meteorologischen Sichtweitenmessgeräte möglich. Installation und Betrieb haben nach den Bestimmungen des Anhangs 4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen zu erfolgen.

- 7.15 Sollten Kräne zum Einsatz kommen, sind diese ab 100 m über Grund mit einer Tageskennzeichnung und an der höchsten Stelle mit einer Nachtkennzeichnung (Hindernisfeuer) zu versehen. Die in den Auflagen geforderten Kennzeichnungen sind nach Erreichen der jeweiligen Hindernishöhe zu aktivieren und mit Notstrom zu versorgen.
- 7.16 Der Betreiber hat den Ausfall der Kennzeichnung unverzüglich zu beheben.
- 7.17 Da die jeweilige WEA als Luftfahrthindernis veröffentlicht werden muss, ist der Bezirksregierung Münster, Dezernat 26 aus Sicherheitsgründen der Baubeginn unaufgefordert rechtzeitig unter Angabe des Aktenzeichens 26.01.01.07 Nr. 109-22 bekannt zu geben. Dabei sind folgende endgültige Veröffentlichungsdaten für die jeweilige Anlage anzugeben:
1. Mindestens 6 Wochen vor Baubeginn dieses Datum und
 2. spätestens 4 Wochen nach Errichtung die endgültigen Vermessungsdaten, um die Vergabe der ENR-Nr. und die endgültige Veröffentlichung in die Wege leiten zu können.

Diese Meldung der endgültigen Daten muss dann folgende Details umfassen:

- a) DFS-Bearbeitungsnummer
- b) Name des Standortes
- c) Art des Luftfahrthindernisses
- d) Geographische Standortkoordinaten [Grad, Min., Sek. mit Angabe des Bezugsellipsoids (Bessel, Krassowski oder WGS 84 mit einem GPS-Empfänger gemessen)]
- e) Höhe der Bauwerksspitze [m über Grund]
- f) Höhe der Bauwerksspitze [m über NN, Höhensystem: DHHN 92]
- g) Art der Kennzeichnung [Beschreibung]

- 7.18 Spätestens vier Wochen vor Baubeginn sind dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Infra I.3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn unter Angabe des Zeichens III-383-22-BIA alle endgültigen Daten wie Art des Hindernisses, Standort mit geographischen Koordinaten in WGS 84, Höhe über Erdoberfläche, Gesamthöhe über NN, Art der Kennzeichnung und Zeitraum Baubeginn bis Bauende schriftlich anzuzeigen.

8 Arbeitsschutzrecht

- 8.1 Die Windenergieanlagen (WEA) dürfen nur dann betrieben werden, wenn eine EG-Konformitätserklärung gemäß Anhang II Teil 1 Abschnitt A der Richtlinie 2006/42/EG erteilt worden ist. Sie ist spätestens vor der Inbetriebnahme der WEA dem Umweltamt des Kreises Steinfurt und der Bezirksregierung Münster (Dezernat 55) vorzulegen.

9 Bodendenkmalschutzrecht

- 9.1 Erste Erdbewegungen sind rechtzeitig (ca. 14 Tage vor Beginn) der LWL-Archäologie für Westfalen, An den Speichern 7, 48157 Münster und dem LWL-Museum für Naturkunde, Referat Paläontologie, Sentruper Straße 285, 4816 Münster schriftlich mitzuteilen.
- 9.2 Der LWL-Archäologie für Westfalen – Außenstelle Münster (Tel.: 0251 / 591-8911) oder den Unteren Denkmalschutzbehörden sind Bodendenkmäler (kulturgegeschichtliche Bodenfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) unverzüglich zu melden. Ihre Lage im Gelände darf nicht verändert werden (§§ 15 und 16 DSchG).
- 9.3 Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten des betroffenen Grundstücks zu gestatten, um ggfs. archäologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 28 DSchG). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.

V**Hinweise****1 Baurecht**

- 1.1 Eine Kopie der Genehmigung und die Bauvorlagen müssen an der Baustelle von Baubeginn an vorliegen.
- 1.2 Der Ausführungsbeginn des Vorhabens ist dem Umweltamt - Untere Immissionschutzbehörde - und dem Bauamt - Untere Bauaufsichtsbehörde - des Kreises Steinfurt mindestens eine Woche vorher schriftlich anzuzeigen (§ 74 Abs. 9 BauO NRW). Hierzu kann das beigefügte Formular verwendet werden.
- 1.3 Die Fertigstellung des Rohbaus ist dem Umweltamt – Untere Immissionsschutzbehörde - und dem Bauamt - Untere Bauaufsichtsbehörde - des Kreises Steinfurt mindestens eine Woche vorher schriftlich anzuzeigen (§ 84 Abs. 2 BauO NRW). Hierzu kann das beigefügte Formular verwendet werden.
- 1.4 Die abschließende Fertigstellung des Bauvorhabens ist dem Umweltsamt - Untere Immissionsschutzbehörde - und dem Bauamt - Untere Bauaufsichtsbehörde - des Kreises Steinfurt mindestens eine Woche vorher schriftlich anzuzeigen (§ 84 Abs. 2 BauO NRW). Hierzu kann das beigefügte Formular verwendet werden.
- 1.5 Auf die Anforderungen und Restriktionen nach der Anlage A 1.2.8/6 zur Richtlinie für Windenergieanlagen - Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung - vom Oktober 2012 in der korrigierten Fassung vom März 2015 wird hingewiesen. Ferner wird hier auch auf die Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen für das Land NRW (VV TB NRW) - Ausgabe Januar 2019 hingewiesen.

2 Immissionsschutzrecht

- 2.1 Gemäß § 13 BImSchG schließt diese Genehmigung andere, die Anlagen betreffende behördliche Entscheidungen ein, z.B. Baugenehmigungen. Ausgenommen davon sind insbesondere Planfeststellungen und wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Dieser Genehmigungsbescheid ergeht ferner unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht eingeschlossen werden; z. B. erforderliche forstrechtliche, straßenverkehrsrechtliche, wasserrechtliche oder naturschutzrechtliche Zulassungen im Zusammenhang mit der Erschließung der Anlagenstandorte.
- 2.2 Gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG bedarf die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes einer genehmigungsbedürftigen Anlage der Genehmigung, wenn durch die Änderung nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden können und diese für die Prüfung nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG erheblich sein können (wesentliche Änderung). Die Genehmigung ist auch erforderlich, wenn aufgrund anderer behördlicher Entscheidungen (Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Befreiungen usw.) Änderungen der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes der durch diesen Bescheid genehmigten Anlagen notwendig werden und die vorgenannten Voraussetzungen vorliegen.
- 2.3 Gemäß § 15 BImSchG ist die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs einer genehmigungsbedürftigen Anlage, sofern eine Genehmigung nicht beantragt wird, mindestens einen Monat vorher dem Umweltamt des Kreises Steinfurt schriftlich anzuzeigen, wenn sich die Änderung auf in § 1 BImSchG genannte Schutzgüter auswirken kann. Der Anzeige sind Unterlagen im Sinne des § 10 Abs. 1 Satz 2 BImSchG beizufügen, soweit diese für die Prüfung erforderlich sein können, ob das Vorhaben genehmigungsbedürftig ist.
- 2.4 Gemäß § 15 Abs. 3 BImSchG ist die Einstellung des Betriebes einer genehmigungsbedürftigen Anlage unter Angabe des Zeitpunktes der Einstellung dem Umweltamt des Kreises Steinfurt unverzüglich anzuzeigen. Der Anzeige sind Unterlagen über die vom Betreiber vorgesehenen Maßnahmen zur Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 3 BImSchG ergebenden Pflichten beizufügen.

3 Naturschutzrecht

3.1 Externer Leitungsbau

Der Einspeisepunkt und die Leitungstrassenführung im Zusammenhang mit den beantragten Anlagen sind in einem separaten Genehmigungsverfahren in Abstimmung mit dem Kreis Steinfurt, Amt für Planung, Naturschutz und Mobilität, Untere Naturschutzbehörde, festzulegen. In diesem Verfahren sind entsprechend den Ausführungen des § 15 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in Verbindung mit § 31 Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (LNatSchG NRW) Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft und unter Umständen Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen.

3.2 Verstöße Artenschutzrecht

Der Betreiber darf nicht gegen die im Bundesnaturschutzgesetz geregelten Verbote zum Artenschutz verstoßen, die u. a. für alle europäisch geschützten Arten gelten (z. B. für alle einheimischen Vogelarten, alle Fledermausarten). Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es u.a. verboten, Tiere dieser Arten zu verletzen oder zu töten, sie erheblich zu stören oder ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu beschädigen oder zu zerstören. Bei Zuwiderhandlungen drohen die Bußgeld-/Strafvorschriften der §§ 69 ff. BNatSchG. Die zuständige untere Naturschutzbehörde kann unter Umständen eine Befreiung nach § 67 Abs. 2 BNatSchG gewähren, sofern eine unzumutbare Belastung vorliegt.

3.3 Einzuholende Transportweggenehmigung

Die im öffentlichen Raum verlaufenden Transportwege und die damit verbundenen Eingriffe in Natur- und Landschaft sind in einem separaten Genehmigungsverfahren in Abstimmung mit dem Kreis Steinfurt, Amt für Planung, Naturschutz und Mobilität, Untere Naturschutzbehörde, festzulegen. In diesem Verfahren sind entsprechend den Ausführungen des § 15 BNatSchG in Verbindung mit § 31 LNatSchG NRW Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft und unter Umständen Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen.

4 Abfallwirtschafts- und Bodenschutzrecht

4.1 Die Behandlung, Lagerung und Ablagerung von Bauabfällen und sonstigen Abfällen, außerhalb von zugelassenen Anlagen stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 100.000,- € geahndet werden. Verstöße gegen die Nachweisverordnung (NachwV) können ebenfalls eine Ordnungswidrigkeit darstellen, die mit einer Geldbuße bis zu 10.000,- € geahndet werden (§ 69 Abs. 3 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)).

4.2 Erzeuger und Besitzer gewerblicher Siedlungsabfälle haben zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen und schadlosen sowie möglichst hochwertigen Verwertung, Abfälle getrennt zu erfassen, zu lagern, einzusammeln, zu befördern und einer Verwertung zuzuführen. Insbesondere Papier/Pappe, Holz, Textilien und Bioabfälle, sowie Glas, Kunststoffe und Metalle sind getrennt zu halten und einer stofflichen Verwertung zuzuführen (§ 3 ff Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV)).

Die Verwertung von Abfällen hat Vorrang vor der Beseitigung, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Die wirtschaftliche Zumutbarkeit ist gegeben, wenn die mit der Verwertung verbundenen Kosten nicht außer Verhältnis zu den Kosten stehen, die für eine Abfallbeseitigung zu tragen wären (§ 7 KrWG).

4.3 Abfälle zur Beseitigung sind nachweislich dem Kreis Steinfurt bzw. der Entsorgungsgesellschaft Steinfurt mbH (Egst) zu überlassen und den Annahmestellen entsprechend der jeweils gültigen Abfallentsorgungssatzung des Kreises Steinfurt zuzuführen.

5 Wasserrecht

5.1 Bei Unfällen und Störungen im Bereich von Anlagen, die ein Auslaufen wassergefährdender Stoffe zur Folge haben, ist sofort das Ordnungsamt der Gemeinde Laer und die Untere Wasserbehörde des Kreises Steinfurt zu benachrichtigen. Außerhalb der regulären Dienstzeiten ist die Leitstelle des Kreises Steinfurt zu informieren (Anzeigepflicht nach § 122 Abs. 3 Landeswassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW)).

- 5.2 Anforderungen an Anlagen zum Verwenden wassergefährdender Flüssigkeiten (z.B. Trafoöle, Hydraulik- und Getriebeöle) ergeben sich aus der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV).
- 5.3 Im Zuge der geplanten Baumaßnahme ist es erforderlich im Bereich von Gewässern neue Zufahrtswege anzulegen, vorhandene Wege auszubauen, Überfahrten neu herzustellen bzw. vorhandene zu verlängern und Gewässerkreuzungen durchzuführen sowie evtl. Übergabestationen zu errichten. Diese Maßnahmen sind nach § 22 Landeswassergesetz NRW (LWG) genehmigungspflichtig. Daher ist rechtzeitig vor Baubeginn ein Antrag nach § 22 LWG für Maßnahmen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern bei der Unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt einzureichen. Zu beachten und entsprechend einzuplanen ist dabei, dass an den unterhaltungspflichtigen sowie an den nichtunterhaltungspflichtigen Gewässern Abstände einzuhalten sind. Dies ist im Vorfeld mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen.
- Sollten bei der Anbindung der Windenergieanlagen an das Stromversorgungsnetz Gewässerkreuzungen (oder Parallelverlegungen an Gewässern) mit Stromkabel erforderlich werden, ist hierfür ebenfalls eine Genehmigung gemäß § 22 LWG NRW für Anlagen in und an Gewässern bei der Unteren Wasserbehörde zu beantragen.
- 5.4 Die Verwertung und der Einbau von mineralischen Stoffen aus industriellen Prozessen, Hausmüllverbrennungsrückständen, Metallhüttenschlacken und aus Bautätigkeiten (Recycling-Baustoffe) bedarf vor Einbau einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach §§ 8, 10 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG). Der Erlaubnisantrag ist rechtzeitig vor Einbau bei der Unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt einzureichen. Es dürfen nur güteüberwachte mineralische Baustoffe nach der Richtlinie für die Anerkennung von Prüfstellen für Baustoffe und Baustoffgemische im Straßenbau (RAPStra 1998) eingebaut werden. Sollen Recyclingbaustoffe als Deckschicht ohne Bindemittel eingebaut werden, so ist im Erlaubnisverfahren durch ein hydrogeologisches Gutachten nachzuweisen, dass der Einbau gemäß des Gem.RdErl. vom 09.10.2001 „Anforderungen an den Einsatz von mineralischen Stoffen aus Bautätigkeiten im Straßen- und Erdbau“ zulässig ist.

- 5.5 Die zur Errichtung der Fundamente (evtl. mit Pfahlgründung) notwendige Grundwasserabsenkung, -haltung und -einleitung in Gewässer sind Gewässerbenutzungen im Sinne von § 9 WHG, die nach § 10 WHG erlaubnispflichtig sind. Hierfür ist ein entsprechender Antrag bei der Unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt einzureichen.
- 5.6 Die Standorte der Windenergieanlagen liegen teilweise im Überschwemmungsgebiet der Steinfurter Aa. Aufgrund von § 13 BImSchG ist hierfür kein separater Antrag gemäß § 78 WHG erforderlich.

6. Forstrecht

- 6.1 Sofern durch notwendige begleitende Maßnahmen wie Zuwegungen, Kabeltrassen, Einspeisepunkte, Verteilerkästen o. Ä. Waldbereiche inklusive Wallhecken und Windschutzstreifen dauerhaft oder temporär umgewandelt oder beeinträchtigt werden, sind diese Maßnahmen forstrechtlich genehmigungspflichtig und müssen im Verhältnis 1:1,5 ausgeglichen werden. Entsprechende Anträge sind rechtzeitig vorher beim Regionalforstamt Münsterland zu stellen.

Der Waldersatz / Ausgleich muss als standortgerechter, klimastabiler Mischwald anerkannter Herkunft innerhalb der auf den Eingriff folgenden Pflanzperiode erbracht werden. Der Ausgleich ist nicht auf einer bereits als Wald deklarierten Fläche möglich.

- 6.2 Bei Unklarheiten bezüglich der Waldeigenschaft eines Elementes oder zur Abgrenzung des Eingriffes ist das Regionalforstamt Münsterland ebenfalls zu beteiligen.

VI

Begründung

Mit Antrag vom 15.03.2022, hier eingegangen am 29.03.2022, haben Sie die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von fünf Windenergieanlagen (WEA) auf den Grundstücken in 48366 Laer, Gemarkung Laer, Flur 25, Flurstück 71 (WEA 1 und WEA 2), Flur 34, Flurstück 431 (WEA 3), Flur 34, Flurstück 436 (WEA 4) und Flur 34, Flurstück 121 (WEA 5) beantragt. Aufgrund des Antrages gemäß § 7 Abs. 3 UVPG (Antragsunterlage Nr. 5) wird für das beantragte Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Die zusammenfassende Darstellung und die Bewertung der Umweltauswirkungen sind diesem Genehmigungsbescheid als Anlage beigelegt. Im Hinblick auf das benachbarte FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ erfolgte eine Vorprüfung, um festzustellen, ob das Vorhaben einer Verträglichkeitsprüfung nach § 34 BNatSchG bedarf. Dies ist nicht der Fall. Begründende Ausführungen hierzu sind in die o.g. Darstellung und Bewertung der Umwelteinwirkungen eingeflossen.

Für die Erteilung der beantragten Genehmigung ist aufgrund der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) die Zuständigkeit des Kreises Steinfurt gegeben.

Die im Anschluss an den Antragseingang durchgeführte Vollständigkeitsprüfung der Unterlagen ergab, dass im Hinblick auf die Einleitung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in größerem Umfang Unterlagen fehlten. Dies betraf u.a. alle erforderlichen naturschutzfachlichen Gutachten sowie den UVP-Bericht und das Eiswaufgutachten. Ferner erwies sich das Schallgutachten als überarbeitungsbedürftig. Mit Eingang vom 06.07.2022 reichte der Antragsteller die erforderlichen naturschutzfachlichen Gutachten nach und legte einen UVP-Bericht vor. Nach Einreichung des Eiswaufgutachtens am 13.09.2022 konnte die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung im weiteren Verlauf des September 2022 eingeleitet werden. Die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens im Amtsblatt und auf der Homepage des Kreises Steinfurt sowie im UVP-Verbund-Portal erfolgten bis zum 30.09.2022. An diesem Tag erschien die Bekanntmachung des Vorhabens auch in örtlich verbreiteten Tageszeitungen. Antrag und Unterlagen lagen beim Kreis Steinfurt, der Stadt Billerbeck und den Gemeinden Laer und Altenberge vom 10.10. bis zum 09.11.2022 öffentlich zugänglich aus. Ferner erfolgte eine Veröffentlichung auf

den o.g. Internetportalen. Die Einwendungsfrist endete mit Ablauf des 09.12.2022. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der für den 25.01.2023 bestimmte Erörterungsterm war somit abzusagen.

Wesentliches Ergebnis der Behördenbeteiligung war, dass aufgrund der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt (UNB) naturschutzfachliche Unterlagen zu überarbeiten und zu ergänzen waren. Dies resultierte u.a. auch daraus, dass das Vorhaben aufgrund eines ergänzenden Antrags nach dem neugeschaffenen § 45b BNatSchG zu prüfen war. Zwecks Erörterung naturschutzfachlicher Aspekte erfolgte am 01.02.2023 ein Gesprächstermin mit dem Antragsteller, seinem Rechtsbeistand, dem Fachgutachter und der Fachbehörde (UNB). Auf der Grundlage der im Anschluss hieran eingereichten Neufassungen und Ergänzungen naturschutzfachlicher Gutachten konnte die UNB im März 2023 eine abschließende Prüfung des Vorhabens vornehmen.

Die Bauämter der Kreise Steinfurt und Coesfeld teilten mit, dass für insgesamt zwei Wohngebäude optisch bedrängende Wirkungen anzunehmen sind. Diese Annahmen bestätigten sich nach abschließender Prüfung durch die Genehmigungsbehörde insbesondere aufgrund des neugeschaffenen § 249 Abs. 10 BauGB nicht. Näheres hierzu wird in der zusammenfassenden Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen ausgeführt.

Einwände der Westnetz GmbH konnten durch eine Kostenübernahmeerklärung des Antragstellers für Maßnahmen an der 110 kV-Leitung ausgeräumt werden.

Der Antrag und die Antragsunterlagen haben folgenden Behörden und Stellen vorgelegen:

- Der Landrat des Kreises Steinfurt:
 - Untere Immissionsschutzbehörde
 - Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde
 - Untere Wasserbehörde
 - Untere Naturschutzbehörde
 - Bauamt
 - Kreisstraßenbauamt
 - Naturschutzstiftung des Kreises Steinfurt

- Der Landrat des Kreises Coesfeld
 - Untere Immissionsschutzbehörde
 - Untere Naturschutzbehörde
 - Bauamt
- Gemeinde Laer
- Bezirksregierung Münster:
 - Dezernat 55 (Arbeitsschutz)
 - Dezernat 26 (Luftverkehr)
 - Dezernat 33 (Flurbereinigungsbehörde)
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn
- Bundesnetzagentur, Berlin
- Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Münster
- Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL), Münster
 - Bodendenkmalschutz / Archäologie
 - Denkmalschutz / Gebäude
- Gemeinde Altenberge
- Stadt Billerbeck
- Westnetz GmbH, Dortmund
- Media Broadcast, Berlin

Die beantragten Anlagenstandorte liegen im Außenbereich der Gemeinde Laer und sind nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB zu beurteilen. Das im laufenden Genehmigungsverfahren zu schaffende Planungsrecht ist durch die rechtswirksame Aufhebung der Konzentrationszonendarstellung im FNP der Gemeinde Laer gegeben. Die Gemeinde Laer hat ihr gemeindliches Einvernehmen nach § 36 BauGB mit Schreiben vom 04.10.2022 erteilt.

Die Prüfung des Antrages durch die beteiligten Behörden und den Kreis Steinfurt ergab, dass das Vorhaben bei Beachtung der in den Abschnitten IV und V dieses Genehmigungsbescheides aufgeführten Nebenbestimmungen und Hinweise die in § 6 des BImSchG genannten Voraussetzungen erfüllt.

Das Vorhaben war daher zu genehmigen.

VII

Kostenentscheidung

Die Kosten des Genehmigungsverfahrens trägt der Antragsteller. Hierfür ergeht ein gesonderter Kostenbescheid.

VIII

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster, schriftlich oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzureichen.

Die Klage kann auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Es muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Die technischen Rahmenbedingungen für die Übermittlung und die Eignung zur Bearbeitung durch das Gericht bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Wird die Klage durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt, eine Behörde oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse erhoben, muss sie nach § 55d Satz 1 VwGO als elektronisches Dokument übermittelt werden.

Dies gilt nach § 55d Satz 2 VwGO auch für andere nach der VwGO vertretungsberechtigte Personen, denen ein sicherer Übermittlungsweg nach § 55a Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 VwGO zur Verfügung steht.

Ist eine Übermittlung als elektronisches Dokument aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt auch bei diesem Personenkreis nach § 55d Satz 1 und 2 VwGO die Klageerhebung mittels Schriftform oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.

Im Auftrag



Marcel Schwarte

Anlagen

1. Zusammenfassende Darstellung und begründete Bewertung der Umweltauswirkungen nach § 20 Abs. 1a und 1b der 9. BImSchV
2. Inbetriebnahmeformular
3. Mitteilung über die Betriebsorganisation

